

**Richtlinie des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS)
über die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen zur Verbesserung
der Warn- und Alarminfrastruktur bei den Freiwilligen Feuerwehren
- Sonderförderprogramm Sirenen in Hessen –**

Förderziel und -zweck

Nach Ende des „Kalten Krieges“ hatte der Bund sein Sirenennetz aufgegeben und den Kommunen zur Übernahme angeboten. Das Sirenennetz in Hessen hat sich daraufhin sehr heterogen entwickelt und wurde zudem dort, wo die Kommune nicht zur Übernahme bereit war, abgebaut.

Das Vorhandensein funktionstüchtiger Sirenen ist von entscheidender Bedeutung, um die Bevölkerung im Falle von Naturkatastrophen, schweren Unfällen oder anderen akuten Gefahrensituationen schnell und effektiv zu warnen. Diese akustischen Warnmittel sind besonders wichtig, um auch jene Menschen zu erreichen, die möglicherweise keine Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Warnsystemen wie Mobiltelefonen oder anderen Kommunikationsgeräten haben.

Das Sonderförderprogramm „Sirenen in Hessen“ zielt darauf ab, Kommunen finanziell bei der Beschaffung und Modernisierung der erforderlichen Sirenen zu unterstützen. Ziel ist es dabei, den Prozess so transparent und unkompliziert wie möglich zu gestalten. Durch die Sonderförderung des Landes soll es den Kommunen ermöglicht werden, ihre kommunale Pflichtausgabe zu Warninfrastrukturen zu verbessern oder neue Anlagen einzuführen. Dies trägt dazu bei, die Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei möglichen Gefahrensituationen zu stärken. Mit dem Sonderförderprogramm Sirenen Hessen unterstützt das Land die Errichtung von Sirenen aus Mitteln der Brandschutzförderung.

Das Sonderförderprogramm Sirenen in Hessen soll zudem das Förderprogramm des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ergänzen. In dem Förderprogramm wurden mit Mitteln des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes 2020-2022 Sirenenanlagen gefördert. Die Fördermittel sollen genutzt werden, um die bereits aus dem Sonderförderprogramm des Bundes vorliegenden, aber dort

mangels verfügbarer Mittel nicht mehr bescheidbaren Förderanträge abzuarbeiten.

Zusätzlich sollen weitere Bundesmittel in einem „Sirenenförderprogramm 2.0“ zur Verfügung gestellt werden. Dies steht unter der Maßgabe, dass mit der Beantragung der Förderung des Bundes die Länder nachweisen, dass sie zusätzliche Landesmittel im maßgeblichen Umfang zum Ausbau des Sirennetzes in mindestens 45-prozentiger Höhe beisteuern. Ohne diesen Nachweis ist eine Förderung des Bundes nicht möglich.

1. Rechtsgrundlagen

Die Förderung des Landes Hessen erfolgt nach Maßgabe dieser Richtlinie und auf Grundlage der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere des § 44 der Hessischen Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie den dazu erlassenen Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO), den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK, VV zu § 44 LHO Anlage 3), dem Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz und dem Verwaltungskostengesetz in der jeweils geltenden Fassung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Auf die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofs nach § 81 ff LHO wird hingewiesen.

Es ist der einfache Verwendungsnachweis durch Erklärung über die zweckentsprechende Verwendung (siehe auch Nr. 6.) zugelassen. Dieser ist entsprechend der Voraussetzungen der Nr. 6.2 ANBest-GK zu führen und besteht aus einem Sachbericht sowie einem zahlenmäßigen Nachweis inkl. der zugehörigen Belege. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch zusammenzustellen.

Es gelten zudem die nachfolgenden Bestimmungen:

- 1.1. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen oder Sachleistungen besteht nicht.

- 1.2. Zuwendungen werden nur gewährt für Maßnahmen mit gesicherter Gesamtfinanzierung.
- 1.3. Die Maßnahmen müssen notwendig und zweckmäßig sein, den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe, die Warnung der Bevölkerung, die Ausrüstung und die Personalsicherung oder -entwicklung der Feuerwehr verbessern sowie den Bestimmungen dieser Richtlinie entsprechen.
- 1.4. Zuwendungen werden nur für solche Maßnahmen bewilligt, die seit dem 01.01.2023 begonnen wurden. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich die Bauausführung/Umrüstung (Leistungsdatum der Rechnung) zu werten. Planungs- und Beauftragungen vor dem Stichtag gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

2. Gegenstand der Förderung

Über das Sirenenförderprogramm können – jeweils ausschließlich bezogen auf die Kosten der Planung und Errichtung der Gewerke – elektronische Sirenenanlagen die den technischen Anforderungen (Förderbedingungen aus Nr. 4) entsprechen und sowohl zur Alarmierung der kommunalen Feuerwehr als auch zur Warnung der Bevölkerung einschließlich aller dazu notwendigen Anlagen und Installationen im Rahmen eines einmaligen Finanzierungsbeitrags gefördert werden.

Über den einmaligen Finanzierungsbeitrag hinausgehende Kosten, sowie die Folgekosten, werden von den Kommunen getragen.

3. Umfang der Förderung

Für die Finanzierung des Sonderförderprogramms steht in den nächsten Jahren, unter Haushaltsvorbehalt, ein Volumen von jährlich bis zu 2 Mio. Euro zur Verfügung, die im jeweiligen Haushaltsjahr für die bewilligten Fördermaßnahmen durch die Kommunen abzurufen sind.

Die Zuwendungen werden als Festbetragsfinanzierung bewilligt. Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 5.000 € für eine Sirene in Dach-/Gebäudemontage („Dachsirene“) bzw. für eine Sirene als freistehende Masterrichtung („Mastsirene“).

4. Technische Rahmenbedingungen der Förderung – Förderbedingungen

- gefördert werden die Neuerrichtung elektronischer Sirenen auf freistehenden Befestigungsmasten (Mastsirenen) oder Befestigungsanlagen an Gebäuden (Dachsirenen), die jeweils den aktuellen Sicherheits- und Baustandards entsprechen,
- gefördert wird ebenfalls die Migration bestehender E57 Sirenen zu elektronische Sirenen, die jeweils den aktuellen Sicherheits- und Baustandards entsprechen,
- die Sirene muss über das TETRA BOS-Netz durch alle warnberechtigten Stellen (Leitstelle, Land, zukünftig auch Bund) direkt angesteuert werden können,
- die Sirene muss mindestens in der Lage sein, die Signale „Feueralarm“, „Bevölkerungswarnung“ und „Entwarnung“ zu emittieren,
- die Sirene muss mindestens den Schallpegel einer bisherigen E57-Sirene erreichen (mind. 101dB (A) in 30 m Entfernung),
- die Sirene muss über eine Akkupufferung verfügen, um im Falle eines Ausfalls der Stromversorgung noch mindestens 4 Alarm- bzw. Warn- und Entwarnzyklen innerhalb von 24 Stunden durchlaufen zu können,
- um eine Förderung zu ermöglichen, muss der genaue Standort (GPS-Koordinaten) der neu errichteten bzw. ertüchtigten Sirene mitgeteilt und in der Meldung zum Warnmittekataster aufgenommen werden,
- um eine Förderung zu ermöglichen, muss die dem Standort zugeordnete Tetra Alarmgruppe (GSSI + Sub Adresse) der neu errichteten bzw. ertüchtigten

Sirene mitgeteilt werden,

- zur Auszahlung der Fördermittel muss das Anmeldeverfahren für die Errichtung und den Betrieb von Tetra Sirenensteuergeräten bei der AS-Hessen erfolgreich abgeschlossen sein.

Nicht gefördert werden:

- die Beschaffung von Geräten, die nicht für den TETRA BOS Funk Betrieb in Hessen zugelassen sind,
- die Beschaffung von Gebrauchtgeräten.

5. Verfahren

Vor Erteilung eines verbindlichen Zuwendungsbescheides ist ein Antrag auf Zuwendungen zur Sonderförderung der Sirene bei Freiwilligen Feuerwehren zu stellen. Es ist das beigefügte Antragsformular (Anlage 2) zu verwenden. Das Antragsformular kann in digitaler Form heruntergeladen werden unter:

<https://innen.hessen.de/Sicherheit/Feuerwehr/Infothek-Bereich-Feuerwehr>

- Brandschutzförderung

Der Antrag ist dann auf dem Dienstweg einzureichen:

- Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden reichen ihren Antrag beim Landkreis ein. Der Landkreis prüft den Antrag fachlich und auf Vollständigkeit der Unterlagen (Prüfvermerk auf Antragsformular und reicht diese mit den Anträgen bis zum 15. November des laufenden Haushaltsjahres beim zuständigen Ministerium ein. Unvollständige Anträge dürfen von den Landkreisen nicht an das zuständige Ministerium weitergegeben werden.
- Die kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Städte mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Sonderstatusstädte) reichen ihre Anträge ebenfalls bis zum 15. November des laufenden Haushaltsjahres unmittelbar beim zuständigen Ministerium ein.

- Das zuständige Ministerium nimmt eine abschließende inhaltliche Prüfung der Anträge vor und legt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel fest, welche Maßnahmen gefördert werden können. Das zuständige Ministerium erteilt danach den Zuwendungsbescheid. Die Prüfung der Voraussetzungen erfolgt auf der Grundlage von Eigenerklärungen des Antragstellers. Der Antragsteller ist verpflichtet, dem HMdIS jederzeit auf Anforderung – auch nach Bewilligung und Auszahlung der Billigkeitsleistung – die zur Überprüfung der Voraussetzungen erforderlichen Unterlagen geordnet und unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen können nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) - Subventionsbetrug - strafbar sein, sofern die Angaben für den Antragsteller oder einen anderen vorteilhaft sind. Gleiches gilt, wenn die Bewilligungsbehörde über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis gelassen worden ist.

Eine bereits bestehende oder beantragte Förderung aus einem anderen Programm der Hessischen Landesregierung, des Bundes oder der EU schließt eine Förderung nach dieser Richtlinie nicht grundsätzlich aus.

Sofern bereits Leistungen aus anderen Programmen beantrag oder gewährt wurden, sind diese im Antrag anzugeben und nachzuweisen.

- Dem Grunde nach zuwendungsfähige Anträge, die aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht berücksichtigt wurden, verbleiben für das Folgejahr auf der Zuwendungsliste. Nicht zuwendungsfähige Anträge werden mit entsprechendem Hinweis an den Antragsteller zurückgereicht.

Die für die Antragstellung notwendigen Unterlagen sind grundsätzlich in digitaler Form (pdf Format) beim zuständigen Ministerium an das Funktionspostfach V2@hmdis.hessen.de zu senden. Sofern diese auf postalischem Weg in Papierform übersandt werden sollen, ist darauf zu achten, dass ausschließlich einseitig bedruckte Dokumente eingereicht werden.

6. Auszahlung der Zuwendung

Es ist der einfache Verwendungsnachweis durch Erklärung über die zweckentsprechende Verwendung (siehe auch Nr. 1.) zugelassen. Dieser ist entsprechend der Voraussetzungen der Nr. 6.2 ANBest-GK zu führen und besteht aus einem Sachbericht sowie einem zahlenmäßigen Nachweis inkl. der zugehörigen Belege. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch zusammenzustellen.

Auszahlungsanträge sind von den Kommunen direkt an die bewilligende Stelle zu richten. Dafür sind die dem Zuwendungsbescheid beigefügten Anlagen zu beachten.

Das zuständige Ministerium prüft abschließend und veranlasst die Auszahlung der Zuwendung, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die für die Auszahlung notwendigen Verwendungsnachweis samt Anlagen sind grundsätzlich in digitaler Form (pdf Format) beim zuständigen Ministerium an das Funktionspostfach V2@hmdis.hessen.de zu senden. Sofern diese auf postalischem Weg in Papierform übersandt werden sollen, ist darauf zu achten, dass ausschließlich einseitig bedruckte Dokumente eingereicht werden.

7. Rückforderung der Zuwendung

Wird eine aus Landesmitteln geförderte Maßnahme im Sinne der Nr. 1.3 abweichend vom genehmigten Antrag errichtet oder beschafft bzw. nicht dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet, wird die Bewilligung regelmäßig ganz oder teilweise widerrufen. Bei der Berechnung der teilweisen Rückforderung wird bei Maßnahmen eine Bindungsfrist von 10 Jahren eine einheitliche Wertminderung von 10 Prozent jährlich zu Grunde gelegt. Die Wertminderung wird einheitlich über diesen Zeitraum verteilt. Die Bindungsfrist beginnt mit dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Erst nach Begleichung der Rückzahlungsforderung sind die Ansprüche des Landes Hessen erledigt.

In Ausnahmefällen kann das zuständige Ministerium einer nachträglichen Verkürzung

der Bindungsfrist zustimmen, z.B., wenn für den Zuwendungsempfänger die weitere Instandhaltung bzw. eine Instandsetzung des geförderten Objekts aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zumutbar wäre.

Im Falle der Nichtbeachtung des Vergaberechts kann die Zuwendung jederzeit, auch rückwirkend, während der Regelnutzungsdauer in voller Höhe zurückgefordert werden.

8. Sonderregelung für das Haushaltsjahr 2023

Für das Haushaltsjahr 2023 gelten entgegen der in Nr. 1.4 sowie den Regelungen zum Einsendeschluss in 5. die nachfolgenden abweichenden Bedingungen:

- Die Anträge sind beim Landkreis bis zum 13. Oktober 2023 einzureichen. Der Landkreis reicht die gültigen Anträge bis zum 31. Oktober 2023 beim zuständigen Ministerium ein.
- Die kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Städte mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Sonderstatusstädte) reichen ihre Anträge ebenfalls bis zum 15. Oktober 2023 unmittelbar beim zuständigen Ministerium ein.

9. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Die Richtlinie tritt am 1. September 2023 in Kraft.
2. Die Laufzeit ist zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2025.

Wiesbaden, den 31. August 2023

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

V 23 – V-68d16-02-23/001

(Peter Beuth)